

**Ergebnisprotokoll
der 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 23.08.2018**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Sprehe
in Vertretung für Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
in Vertretung für Herrn Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Kamp
Herr Polzin
Herr Dr. Sünemann
Herr Runge
Herr Kaal
Frau Dr. Agatz
Frau Honemann
Herr Löwer
Herr Hürter
Herr Bürger
Herr Dr. Grabs
Herr Eickhoff
Herr Klugkist
Frau Schemmel
Frau Dr. Ortmann
Frau Cordes
Frau Kulmann
Frau Zimmermann
Frau Pieper
Herr Donaubauer
Herr Dr. Teutsch

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
Bauamt Bremen Nord
Gewerbeaufsicht Bremen

III Gäste

Herr Oertel Naturschutzbeirat Bremen

IV Gastdeputierte

Herr Bücking Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Scharf CDU-Fraktion
Herr Buchholz FDP-Fraktion
Frau Bernhard Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Es gibt zwei **Nachträge** zur Tagesordnung:

TOP 8a) „Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. noch immer offenen Verwendungsnachweisen 2015“ und

TOP 8b) Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen

Es liegen **Neufassungen** vor zu

TOP4 „Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz“ und

TOP 7 „Verordnung über das naturschutzrechtliche Schutzgebiet „Weser bei Bremen-Nord und Bremerhaven sowie Lesum“ in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven und über die Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Luneplate“ in der Stadt Bremerhaven“

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen: <ul style="list-style-type: none">• Protokoll 19/30 der Sitzung am 14.06.2018• Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 14.06.2018	
--------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Auf die Frage von **Frau Neumeyer** erklärt **Herr Staatsrat Deutschendorf**, dass die Federführung zu Ziffer 14 „Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben“ beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen liege.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz	Vorlage 19/458
--------------	------------------------------------------------------	-------------------

Herr Pohlmann weist auf die vorliegende Neufassung der Vorlage hin.

Herr Janßen führt aus, dass nach dem Brand in London gewährleistet werden sollte, dass solche Fälle im Bereich der Außendämmung für Bremen ausgeschlossen werden können. Daher habe seine Fraktion beantragt, eine Sonderkommission Brandschutz einzurichten, die das Ziel haben solle, auf verbotene Dämmmaterialien zu kontrollieren. Im vorgelegten Bericht werde Bezug darauf genommen, dass bestimmte Materialien erst gar nicht verwendet werden dürfen und auf die Ausführungsbestimmungen hingewiesen. Die Frage sei aber, wie und ob die Einhaltung der Vorgaben überprüft werde. Deswegen sei seine Fraktion nicht damit einverstanden, dass eine Ablehnung des Antrags vorgeschlagen werde. Er halte es durchaus für möglich, eine Risikoabschätzung zu bekommen. Deshalb werde seine Fraktion ablehnen.

Herr Scharf erklärt, dass seine Fraktion noch internen Beratungsbedarf habe und sich daher enthalten werde.

Frau Dr. Agatz berichtet, dass inzwischen erste Gutachten der Untersuchungskommission zum Brand in London vorliegen. Es habe sich bestätigt, dass neben vielen anderen Gründen das Fassadenmaterial eine wesentliche Rolle gespielt habe. Dieses Fassadenmaterial, insbesondere die dort verbauten aluminiumkaschierten Polyethylenplatten, wären in Deutschland als leicht entflammbar einzustufen und dürften dann nur in Gebäuden geringer Höhe -bis 7 m- verbaut werden. Bremen lasse aus gutem Grund bereits seit den fünfziger Jahren kein brennbares Material in Hochhäusern zu. In der Vorlage sei noch von 1971 die Rede, eine weitere Recherche habe ergeben, dass bereits 1956 über Dienstanweisungen das Verbauen brennbarer Materialien in Hochhäusern untersagt war. Seit dieser Zeit bestehe auch eine durchgängige Genehmigungspflicht für Hochhäuser und zwar einschließlich einer nachträglichen Sanierung von Fassaden. Es bestehe daher kein Anlass anzunehmen, dass irgendwelche Maßnahmen an Hochhäusern nicht über den Tisch der Bauordnung gegangen seien.

Sieben weitere Bundesländer seien wie Bremen zu dem Schluss gekommen, dass daher keine besonderen Maßnahmen erforderlich seien. Andere BL haben eine Eigentümerbefragung durchgeführt, einige haben ihren unteren Bauaufsichtsbehörden empfohlen, im Rahmen ihrer Brandverhütungsschauen insbesondere den Fassadengesichtspunkt besonders zu betrachten. Dies betreffe aber auch Bundesländer, in denen entsprechend entflammbare Baustoffe bis 1984 vorübergehend zulässig waren.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass das Ressort das Thema Brandschutz sehr ernst nehme, die im Antrag vorgeschlagene Sonderkommission jedoch für den falschen Weg halte. Brandverhütungsschauen wurden in der Vergangenheit auch in Bremen diskutiert, damals habe man sich nicht auf die Einführung einigen können. Bei einer weiteren Fortschreibung der Landesbauordnung werde das Ressort prüfen, ob Brandverhütungsschauen aufgenommen werden sollten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Berichtsentwurf entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)

*Zustimmung
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE und
bei Enthaltung der Fraktion der CDU*

TOP 5	Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Umwelt und Bau an das Bremische Ausführungsgesetz zur europäischen Datenschutz-Grundverordnung	Vorlage 19/473
--------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Entwurf eines „Gesetzes zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Umwelt und Bau an die europäische Datenschutz-Grundverordnung“ zu und bittet um Weiterleitung über den Senat an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

Einstimmig

TOP 6	Projekt Umwelt Unternehmen 2018-2021	Vorlage 19/469
-------	--------------------------------------	-------------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt, dass dieses erfolgreiche Projekt weiter unterstützt werden solle, an dem sich mittlerweile 185 Unternehmen beteiligten.

Herr Crueger schließt sich an, durch das Projekt komme man ökologisch und ökonomisch in Bremen voran.

Herr Imhoff lehnt die Vorlage ab. Es gehe um viel Geld, das an einen bundesweit operierenden Verein gehen solle. Stattdessen könnte man dieses Geld besser in bremische Firmen mit entsprechender Kompetenz investieren.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Zustimmung

gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 7	Verordnung über das naturschutzrechtliche Schutzgebiet „Weser bei Bremen-Nord und Bremerhaven sowie Lesum“ in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven und über die Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Luneplate“ in der Stadt Bremerhaven	Vorlage 19/468
-------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Herr Pohlmann weist auf die vorliegende Neufassung der Vorlage hin.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass das vorgeschlagene Verfahren der Unterschutzstellung der Weser zur Umsetzung von EU-Recht zwingend erforderlich sei. Die in Rede stehenden Gebiete waren 2005/ 2006 bei der europäischen Kommission als Gebiete nach der Flora-Fauna-Habitat (FFH)- Richtlinie angemeldet worden. Aus der FFH-Richtlinie folge zwingend, dass die Mitgliedstaaten ausgewiesene FFH-Gebiete innerhalb von sechs Jahren auch national unter hoheitliches Recht stellen müssen. Diese Frist sei bereits im Jahr 2012 verstrichen. Man habe angenommen, dass die hoheitliche Unterschutzstellung über sogenannte integrierte Bewirtschaftungspläne ersetzt werden könne. Ein solcher integrierter Bewirtschaftungsplan bestehe für die Weser, gemeinsam mit Niedersachsen. Die europäische Kommission vertrete die Rechtsauffassung, dass diese Bewirtschaftungspläne nicht ausreichen, um die Forderung der FFH-Richtlinie nach hoheitlicher Unterschutzstellung zu erfüllen. Die europäische Kommission habe gegenüber der Bundesregierung ein Vertragsverletzungsverfahren angekündigt, wenn diese Unterschutzstellung nicht zeitnah erfolge. Daraufhin habe die Bundesregierung zugesagt, die Unterschutzstellung bis zum Jahresende 2018 vorzunehmen. Etwa 98 % aller FFH-Gebiete seien in der Bundesrepublik inzwischen unter hoheitliche Schutzrechte gestellt worden.

Es gehe um eine rein formale Frage und es bestehe auch kein Dissens zwischen Wirtschafts- und Umweltressort. Materiell werde sich für die Schifffahrt oder die Unterhaltung des Flusses Weser nichts ändern.

Herr Imhoff erinnert daran, dass die FFH und Vogelschutzgebiete damals vom ehemaligen grünen Senator Ralf Fücks im Alleingang gemeldet worden waren. Die Umsetzung erfolgte dann unter Klageandrohung der EU zu Zeiten der großen Koalition. Der BUND und andere Naturschutzverbände hätten auf eigene Faust Flächen nach Brüssel nachgemeldet, die noch zu untersuchen seien.

Wenn kein Dissens mit dem Wirtschaftssenator bestehe, warum habe dieser sich dann anders geäußert? Vermutlich sei die abgeschwächte Neufassung unter Einfluss des Wirtschafts-senators entstanden.

Herr Staatsrat Meyer unterstreicht, dass die Meldung der Einleitung des Verfahrens an die europäische Kommission zwingend erforderlich sei, um finanziellen Schaden von Bremen fernzuhalten. Nach den vorliegenden Schreiben der europäischen Kommission werde diese nicht zögern, das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik aufrecht zu erhalten, wenn keine rechtliche Sicherung der Gebiete erfolge. Diese sei nach Ansicht der der europäischen Kommission ohne Alternative. Auch Niedersachsen und Hamburg beabsichtigen oder haben es bereits vollzogen, vergleichbare Flussbereiche im Hafeneinzugsbereich rechtlich zu sichern.

Mit dem geänderten Beschlussvorschlag der Vorlage solle der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gebeten werden, zusammen mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und der Hafenwirtschaft die hafenwirtschaftlichen Belange insbesondere im Bereich der Unterhaltungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Die rechtliche Sicherung der FFH-Gebiete werde keine Beeinträchtigung der Häfen in Bremen und Bremerhaven verursachen die über das hinausgehe, das bereits in den FFH-Gebietsanmeldungen begründet liege. Projekte wie der OTB oder das für die Schifffahrt erforderliche Ausbaggern der Fahrrinne blieben auch weiterhin möglich. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen sei sichergestellt. Die Erreichbarkeit der Häfen sei die Lebensader für die Bremer Wirtschaft und werde auch weiterhin uneingeschränkt gewährleistet.

Das Vertragsverletzungsverfahren finde zwischen der EU und der Bundesrepublik Deutschland statt. Insofern sei der Vorschlag, die Bundesregierung zu fragen, ob sie andere Möglichkeiten sehe, vielleicht auch über Bewirtschaftungspläne, der richtige Weg.

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass die ausgewiesenen FFH-Gebiete ökologisch relevante Gebiete seien und es richtig war, sie auszuweisen. Die für die FFH-Gebiete vorliegenden Bewirtschaftungspläne reichten der EU anscheinend nicht aus. Es sei richtig, dass die EU hier ein deutliches Signal zur Stärkung des Umweltschutzes aussende. Die Schifffahrt habe nicht mit Einschränkungen zu rechnen. Sie erinnert an die Ausweisung des Hollerlandes als FFH-Gebiet. Damals habe die EU empfindliche Strafzahlungen von mehreren Hunderttausend Euro pro Tag angedroht. Sie fragt, in welcher Höhe Straf gelder auf Bremen zukommen könnten.

Herr Schomaker hätte die vorgetragenen Erkenntnisse gerne vorher gehabt. Viele Fragen stünden im Raum und er sehe sich daher außer Stande, Punkt zwei des Beschlussvorschlags so ohne weiteres zu folgen. Daher bittet er um getrennte Abstimmung der Ziffern.

Herr Imhoff betont, dass es nicht um die Frage einer rechtlichen Sicherung der Gebiete gehe, sondern darum, wie diese Sicherung erfolge. Es seien bereits viele Schutzgebiete ausgewiesen, mit Landschaftsschutzstatus, mit Managementplänen, die auch dementsprechend zur Erhaltung und sukzessive zur Verbesserung der jeweiligen Gebiete beitragen sollen. Diese seien anerkannt. Der Dissens bestehe darin, ob zusätzliche Naturschutzgebiete (NSG) ausgewiesen werden oder eben Landschaftsschutzgebiete (LSG). Der Senat werde sich nicht einig, daher solle nun der Bund gefragt werden, der dann im Zweifel Schuld habe. Deswegen werde seine Fraktion ablehnen. Das Ressort müsse sich eine eigene Meinung bilden, dort liege schließlich auch die Fachkompetenz. Seine Fraktion glaube, am Ende werde ohnehin ein zusätzliches Naturschutzgebiet ausgewiesen, das sei nicht ihr Petition.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass aus Sicht des Ressorts eine rechtliche Unterschutzstellung notwendig sei, um das Vertragsverletzungsverfahren abzuwenden. Bremen sei eines der letzten Bundesländer, bei denen die Unterschutzstellung ausstehe. Niedersachsen habe eine abgestufte Zonierung vorgenommen, teilweise als NSG und näher

an den Schifffahrts- und Hafenanlagen als LSG. Bremen wolle sich an Niedersachsen anlehnen, darüber sei bereits vor über einem Jahr auch der Hafenausschuss informiert worden.

Herr Staatsrat Meyer ergänzt, dass in einem ausgewiesenen Schutzgebiet nach FFH-Richtlinie das Verschlechterungsverbot der FFH-Richtlinie gelte. Das bedeute, dass bereits heute viele Dinge nur mit Ausnahmegenehmigung möglich seien. Und genau dieser Status solle in hoheitliches Recht überführt werden. Das Verfahren, das Niedersachsen betreibe, in wirtschaftlich sensiblen Bereichen wie Hafeneinfahrten und in Werftumgebungen ein LSG auszuweisen, sei auch in Bremen vorstellbar. Es gebe keine Vorfestlegung, sondern es gehe um die Einleitung eines Schutzgebietsverfahrens. Ob darin NSG oder LSG ausgewiesen werden, sei noch nicht festgelegt.

2005 ging es um Strafgeelder in Höhe 800.000 Euro am Tag. Es sei anzunehmen, dass der Bund im Falle eines Vertragsverletzungsverfahrens die Strafzahlungen auf die Bundesländer abwälzen werde, die ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen seien. Die anderen Bundesländer hätten ihre Gebiete ausgewiesen. Insofern gehe es darum, durch die Einleitung des Verfahrens einen solchen möglichen wirtschaftlichen Schaden von Bremen abzuwenden.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr zu prüfen, ob für die Sicherung der gemäß europäischem Recht an die Europäische Kommission gemeldeten Schutzgebiete im Bremer Bereich „Tideweser“ der Integrierte Bewirtschaftungsplan Weser ausreicht bzw. ausreichend ausgestaltet werden kann oder ob und wo ein Schutzregime nach Landschafts- oder Naturschutz aus welchen Gründen erforderlich ist. Hierzu wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen das Fachgespräch mit der Bundesministerin für Umwelt suchen.*

*Zustimmung
gegen Stimmen der Fraktion der CDU*

2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Einleitung des Verfahrens zur Sicherung des Gebietes „Weser bei Bremen-Nord und Bremerhaven sowie Lesum“ sowie über die Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Luneplate“ unter Berücksichtigung des Prüfauftrags zu.*

*Zustimmung
gegen Stimmen der Fraktionen CDU und FDP*

TOP 8	Neu- und Änderungsanträge zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr	Vorlage 19/467	L/S
--------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt die in den Anlagen dargestellten neuen Maßnahmen und die Änderungen bereits beschlossener Maßnahmen zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahmen und ihrer Finanzierung aus Verstärkungsmitteln zu.

Einstimmig

NACHTRAG TOP 8a)	Sachstandsbericht zu den nachgereichten bzw. noch immer offenen Verwendungsnachweisen 2015 - Zuwendungsbericht 2016-	Vorlage 19/484
---------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

NACHTRAG TOP 8b)	Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen	Vorlage 19/479
---------------------	-----------------------------------------------------------------------	----------------

Frau Bernhard erklärt, dass ihre Fraktion sich enthalten werde, weil sie den Vorschlag nach einem Jahr nochmal zu prüfen, gut finde.

Herr Staatsrat Deutschendorf weist darauf hin, dass nach der neuen Landesbauordnung eine Baugenehmigung nach drei Jahren einmalig um zwei Jahre verlängert werden könne. Im Antrag vorgeschlagen war eine jährliche Prüfung, aber unbegrenzt verlängerbar. Daher sei die neue Regelung besser, weil sie nach fünf Jahren ein klares Ende habe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Berichtsentwurf entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

Zustimmung
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 9	Berichte der Verwaltung	
TOP 9a)	Kaffee genießen, Müll vermeiden – umweltfreundliches Mehrwegsystem für Getränkebecher einführen!	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9b)	Das Bremer Luftüberwachungssystem – Jahresbericht 2017	BdV schriftlich
---------	--------------------------------------------------------	--------------------

Herr Saxe stellt fest, dass die Bremer Luft immer sauberer werde, wenngleich keine Entwarnung gegeben werden könne. Das Problem sei immer noch NO₂, bedingt durch den Dieselskandal.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass trotz des trockenen Sommers die Ergebnisse in den ersten sieben Monaten 2018 knapp unter den Werten aus 2017 lägen. Trotzdem müsse man besonders auf den Parameter NO₂ ein hohes Augenmerk richten. Aber der Erfolg der Maßnahmen, wie der Umweltzone, sei zu erkennen.

Frau Dr. Schaefer spricht die Kreuzfahrtschiffe in Bremerhaven an. Es sei bekannt, dass Kreuzfahrtschiffe, insbesondere mit laufenden Motoren an der Kaje, Quelle eines hohen Schadstoffausstoßes seien. Insofern regt sie an, im Hafengebiet ebenfalls Messungen vorzunehmen.

Herr Bürger berichtet, dass die Luftmessstation in der Hansastrasse in ca. 250 m Entfernung von der Einfahrt der Autotransporter in den Hafen liege. Die Belastung durch die ein- bzw.

ausfahrenden Schiffe sei zwar punktuell erkennbar, werde aber im Tages- und vor allem im Jahresmittel wegnivelliert.

Der Magistrat Bremerhaven habe diese Frage auch gestellt. Es sei im nächsten Jahr geplant, in der Nähe des Kreuzfahrtterminals überschlägige Messungen von Kurzzeitwerten vornehmen, um festzustellen, ob die naheliegenden Wohngebiete evtl. durch die Kreuzfahrtschiffe einer Belastung ausgesetzt seien. Sollte dies der Fall sein, werde ein Sondermessprogramm angelegt, allerdings frühestens 2021, da vorher noch andere Messprogramme bereits geplant seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt von den Ergebnissen der Immissionsmessungen 2017 Kenntnis.

TOP 9c)	Jahresbericht 2017 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen	BdV schriftlich
---------	---------------------------------------------------------------------	--------------------

Herr Dr. Teutsch erläutert die wesentlichen Inhalte des Berichts und weist auf die aktuelle Ausstellung im Foyer des Siemens-Hochhauses hin.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Jahresbericht 2017 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

TOP 9d)	Sachstand Kompensationsmaßnahmen Lesumniederung, Spülfeld Luneplate und Geesteniederung	BdV schriftlich
---------	------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

Frau Dr. Schaefer bittet darum, die Machbarkeitsstudie für das Spülfeld Lunesiel in der Deputation vorzulegen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9e)	„Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2020“	BdV schriftlich
---------	---------------------------------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9f)	„Bericht der Verwaltung zum Sachstand der Maßnahmenblätter zum Management invasiver gebietsfremder Arten europäischer Bedeutung“	BdV schriftlich
---------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

Herr Crueger weist auf eine unterschiedliche Rechtsauffassung zwischen BMU und EU-Kommission hin. Diese betreffe die Haltung von Waschbären im Zoo am Meer. Hier müsse es eine Lösung geben.

Als Ansprechpartner für die *Trachemis scripta* (Buchstaben- Schmuckschildkröte) seien Zooläden etc. genannt. Er bittet darum, hier die Aquarien- und Terrarienvereine zu ergänzen.

Herr Saxe berichtet, dass die Nilgans in Frankfurt das gesamte Mainufer beherrsche. Auch im Bürgerpark und in den Wallanlagen fänden sich immer mehr Nilgänse. Gerade in der Brutzeit würden diese alle anderen Arten vertreiben. Er möchte wissen, was man im Sinne der

Artenvielfalt hier machen könne. Im Ressort gäbe es dazu zwei Meinungen, es wäre gut, wenn man zu einer abschließenden Meinung kommen würde.

Herr Imhoff ergänzt, dass auch in den Ausgleichs- und Naturschutzgebieten Nilgänse verbreitet seien und sogar Störche von ihren Nestern vertreiben würden. Mittlerweile würden die Nilgänse auch in Bremen zu einem Problem werden.

Herr Meyer sagt zu, dass sich das Ressort zeitnah dieser Frage annehmen werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9g) Schienenpersonennahverkehr im Land Bremen - Bericht 2018 BdV
schriftlich

Frau Sprehe stellt fest, dass die Pünktlichkeit der Teilnetze nach wie vor nicht zufriedenstellend sei. Als Ursache werde auch die anhaltend hohe Zahl von Güterzügen angeführt. Daher sei es dringend erforderlich, dass die Umleitungsstrecken elektrifiziert werden und das Dritte Gleis zwischen Oslebshausen und Burg eingerichtet werde. Weiter möchte sie wissen, wann das Pilotmodell eines neuen Fahrgastinformationssystems installiert werde und wie lange das Pilotverfahren laufen solle.

Herr Polzin weist darauf hin, dass über den Einsatz und die Dauer des Pilotprojektes die Deutsche Bahn entscheide. Hinsichtlich des Güterverkehrs sei man in Gesprächen. Es gäbe bundesseitig noch keine Klärung, welche Netzvariante im Dreieck Hamburg – Hannover - Bremen und auch Bremerhaven im Bundesverkehrswegeplan letztlich zur Umsetzung kommen werde. Davon seien aber die weiteren Maßnahmen abhängig.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9h) Umsetzung der beschlossenen Wohnraumförderungsprogramme (Land) -73- BdV
schriftlich

Frau Bernhard möchte wissen, ob es tatsächlich möglich sein werde, ein 4. Wohnraumförderprogramm ohne zusätzliche Bremische Haushaltsmittel zu finanzieren und wie weit die Planungen dazu seien. Auf S. 4 des Berichts sei von Vornotierungen für des Rennbahngelände die Rede, hierzu bittet sie um weitere Erläuterungen.

Herr Dr. Sünnemann berichtet, dass mit den avisierten Bundesmitteln eine Finanzierung eines 4. Wohnraumförderprogramms – abhängig von dessen konkreter Ausgestaltung – voraussichtlich im gleichen Umfang ohne zusätzliche Haushaltsmittel finanzierbar sei. Ein Entwurf dafür werde voraussichtlich noch dieses Jahr im Senat vorgelegt werden.

Frau Gerken erklärt, dass die im Bericht aufgeführten Vornotierungen noch nicht mit konkreten Zahlen hinterlegt seien. Es gehe darum, Bedarfe für zukünftige Programme abzuschätzen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 10	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Herr Pohlmann berichtet, dass die Deputationsreise nach Leipzig am 9. und 10. August stattgefunden habe und ausgesprochen positiv verlaufen sei. In einer der nächsten Sitzungen werde dazu ein Bericht vorgelegt werden.

**TOP
10a) Sachstand zu den Bundesmitteln für die Dürreschäden**

Frau Neumeyer bittet um einen kurzen Sachstand zu den Bundesmitteln für die Dürreschäden. Sie möchte wissen, wie hoch diese sein werden, nach welchen Kriterien sie auf die Bundesländer aufgeteilt werden und wie viel Bremen davon erhalten werde.

Herr Staatsrat Meyer berichtet, dass die Bundesregierung den Bauern aufgrund der Dürre helfen werde. Die Bundesländer waren aufgefordert, die Ernteschäden zu schätzen und an den Bund zu melden. Diese belaufen sich auf ca. 4 Mrd. €. Bremen habe 2,5 Mio. € an Ernteschäden gemeldet. Diese wurden zusammen mit der Landwirtschaftskammer errechnet. Die Ernteschäden pro Hektar in Niedersachsen seien trotz des anderen Berechnungssystems vergleichbar. Das zeige, dass die Selbsteinschätzungen der Bauern in Bremen sehr realistisch seien. Die Gespräche mit den Landwirten und der Kammer waren immer sehr konstruktiv, am Ende gehe es darum, dass die Tiere Futter haben. In Bremen habe man die Bauern mit zusätzlichen Maßnahmen unterstützt: Flutung von Poldern, zusätzliche Abarbeitung von wasserrechtlichen Anträgen, Steuerstundungen, Freigabe von Brachflächen, Freigabe der Zwischenfrüchte durch die Bundesregierung und die Freigabe von konventionellem Futter für Bio-Landwirte.

Existentiell bedrohende Schäden wurden in Höhe von etwa 680 Mio. € durch die Bundesländer gemeldet, für Bremen etwa 540.000 €. Die Bundesregierung habe entschieden, dass davon der Staat die Hälfte trage, diese wiederum hälftig Bund und Länder. Die Auszahlung werde über Niedersachsen laufen. Dazu finden noch Gespräche statt.

In den Medien werde immer wieder die Frage gestellt, warum den Bauern, wenn sie ein schlechtes Jahr haben sofort in Millionenhöhe staatliche Förderung gezahlt werde. Wenn Bauern am Ende 30 ct pro Liter Milch bekommen, viel zu wenig für das, was sie leisten, dann könne man auch nicht verlangen, dass sie davon eine Risikovorsorge für schlechte Jahre treffen. Bauern sollten auskömmlich Geld verdienen, damit sie in schlechten Jahren durch eine Dürre hindurch kommen können.

Frau Neumeyer bittet darum, nach den Gesprächen über die Ergebnisse informiert zu werden.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Grauer Wall Bremerhaven (schriftlich)	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Schomaker	Geplant am
--------------------------------------------------	------------------------------------------------------------	-------------------

Herr Pohlmann schließt die 31. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll